



**Mitten drin im Kampf um die Spitzenplätze: Die Universität von Minnesota – hier repräsentiert von Defense-Star Garrett Brown, rangiert verlässlich unter den Top 50 der Welt.**

Foto: University of Minnesota

## Uni-Ranking: Und wo geht's hier nach Minnesota?

Internationale Konkurrenzfähigkeit als Forschungsstandort ist nicht nur eine Frage des Geldes: Warum viele Reaktionen auf das jüngste „Times“-Ranking zu kurz greifen. Und was Österreich von einer Hochschule im US-Mittelwesten lernen könnte. *Foto: Furgler*



Christian Fleck

Mittlerweile reagieren Betroffene und Kommentatoren auf die jährlich veröffentlichten Uni-Rankings anders als vor acht Jahren als erstmals derartige internationale Vergleiche veröffentlicht wurden – doch ist die ruhigere Gangart auch die angemessenere?

Man erinnere sich an die ins Hysterische hineinreichenden Reaktionen, als 2004 erstmals Uni-Rankings Furore machten: Das war akkurat das Jahr, in dem Österreichs Unis in die Autonomie entlassen wurden und die damalige, nebenbei auch für den tertiären Bildungsbereich zuständige Ministerin von der Weltklasse schwadronierte, die damit erreicht werden würde. Die Reaktionen derer, die sich damals auf den Schlipps getreten fühlten – die Damen und Herren Professoren und Rektoren – bezweifelten die Methoden der Messung, hielten Vergleiche von geistigen Leistungen ohnehin für unmöglich oder sahen sich in einem Abwehrkampf gegen den Einzug des Neoliberalismus in die doch so herrlich funktionierende Welt Humboldt'scher Prinzipien.

Diesmal fand die Meldung weit prominentere Beachtung (auch in dieser Zeitung) und die Kommentare bezweifelten zumindest nicht mehr die prinzipielle Richtigkeit der Platzierung der besten heimischen Uni hinter Platz 100 und der anderen irgendwo in den 200ern. Das ist ja immerhin schon ein erster Schritt der Realitätstüchtigkeit, könnte man meinen. Allein, eine genauere Lektüre der Reaktionen und ein eingehender Blick auf die Methode des Rankings zeigt, dass zwar eine Botschaft angekommen zu sein scheint, bloß ist es nicht die richtige.

Das von Times Higher (einer britischen Wochenzeitung aus dem Murdoch-Konzern, die sich mit nichts anderem als dem höheren Bildungssektor beschäftigt) in Zusammenarbeit mit Thomson Reuters (einem Firmenkonglomerat von Informationshändlern) erstellte Ranking beruht nicht nur auf einer Befragung über die „Reputa-

tion“ bei „17.500 Akademikern aus 137 Ländern“ (STANDARD 15. 3.). Das Ansehen macht nur 33 Prozent des Gesamturteils aus (und wird zudem bei Lehre und Forschung getrennt gemessen). Daneben wurden auch harte Fakten erhoben, wie z. B. Zitationen (30 Prozent), Drittmittelaufkommen, Promotionen je Professor, Veröffentlichungen je Forscher (je sechs Prozent), Internationalität der Lehrenden und Studierenden, internationale Publikationskooperationen und Verhältnis von universitären Erstabschlüssen zu Doktoraten (zusammen zehn Prozent). Die absolute Zahl der Studienanfänger trägt immerhin noch mit einem Anteil von 4,5 Prozent zum Gesamturteil bei.

Der Wissenschaftsminister (in der *Kleinen Zeitung*), Rektoren (im STANDARD und anderswo) und andere taten ihre Meinungen kund und alle wussten (plötzlich), woran es krankt: Fehlende Zulassungsbedingungen sagte der eine, fehlendes Geld die anderen.

Das ist nicht ganz, aber hinreichend falsch!

Sie alle hätten zuerst einen Blick auf die Methoden werfen sollen und danach schauen, welche Unis, die mit den heimischen vergleichbar sind, besser liegen, bevor sie Schlüsse kundtun. Beispielsweise die auf Platz 42 rangierende University of Minnesota, eine staatliche Uni im US-Mittelwesten, die mit mehr als einer österreichischen Uni ein Partnerschaftsabkommen hat. Von Minnesota könnte man zwei Dinge lernen: ■ Wenn man sparen muss – und Minnesota musste nach 2007 extrem sparsam sein –, dann spart man besser bei den Gehältern der Oberen und nicht den untersten universitären Rängen.

■ Minnesota finanziert seine, durch eine strenge Zulassung gehenden Doktoranden durchaus nicht fürstlich, aber doch so ordentlich, dass sie beispielsweise auf internationale Kongresse fahren können, statt wie die heimischen alle paar Jahre eine Zwangspause einlegen zu müssen, weil unsere Unis sich vor Kettenverträgen mehr fürchten als der sprichwörtliche Teufel vor dem Weihwasser.

Erste Folgerung: Reputation als Forschungsstandort gewinnt man durch Sichtbarkeit und sichtbar ist man in der Wissenschaft für andere, weil aus einem Land oder von einer Uni möglichst oft möglichst viele auf den gern als Jahrmärkte der Eitelkeit verschrienen Kongressen auftauchen.

Zweite Folgerung: Eine Einrichtung wie das jüngst auch auf dieser Seite kontroversiell diskutierte Ist Austria findet man in diesem Ranking gar nicht, und daran wird sich auch künftig nichts ändern, weil *Times Higher* nur Universitäten, die auch „undergraduates“ auszubilden bereit sind, bewertet. Sinnvoller als die noble Isolation hinter dem Kahlenberg wäre daher das Bemühen, das Ist zur Graduate School der Wiener Universitäten zu machen.

Diese und andere durchführbare Maßnahmen werden die heimischen Universitäten nicht in die Top Ten katapultieren, aber Plätze zwischen 50 und 100 sind erreichbar, siehe Minnesota.

CHRISTIAN FLECK ist Soziologe an der Universität Graz.

HANS RAUSCHER

## Gründungsmitglied der Zivilgesellschaft



Dass André Heller dieser Tage (genauer: am 22. 3.) 65 Jahre alt wird, ist der österreichischen Öffentlichkeit nun

allmählich bekannt. Eine Woge von Interviews und eine 450-Seiten-Biografie von Christian Seiler (*Feuerkopf*, Bertelsmann) sowie eine eigengefertigte Sammlung (*Wienerien oder ein absichtlicher Schicksalsnarr*, Brandstätter) umgeben das Jubiläum.

Diesem reichen Geburtstagsstrauß ist kaum noch etwas hinzuzufügen, außer einer Anmerkung über André Heller, Gründungsmitglied der österreichischen Zivilgesellschaft. „Zivilgesellschaft“ bedeutet Selbstorganisation der Bürger abseits des Staates und der Interessenverbände. Das Ziel ist immer eine Verbesserung der politischen Kultur und das Streben nach mehr Demokratie.

Österreich hatte Mitte der 80er-Jahre dringenden Bedarf an einer Zivilgesellschaft. Sie keimte im Winter von Hainburg und entfaltete sich gegen Waldheim und Haider.

Heller war nicht der einzige Zivilgesellschaftler, aber er war einer der effektivsten: Ein Gespür für Ideen, deren Zeit gekommen war. Die Fähigkeit, Leute zu motivieren (manchmal zu manipulieren). Ein Sinn für machtvolle Symbolik. In der Waldheim-Affäre stellte er sich zu einer bis dahin resonanzlosen „Mahnwache“ vor den Stephansdom (neben dem „O5“ der Widerstandsbewegung). Nach einem Foto im *Kurier* meldeten sich dutzende andere prominente Mahnwächter, und der Platz war wochenlang voll mit wild Diskutierenden.

1992 sollte dem aufstrebenden Haider mit einem „Konzert für Österreich“ am Heldenplatz Kontra geboten werden. Der Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel sprach vom Balkon, von dem Hitler den Anschluss verkündet hatte. 1993, als Haider sein Anti-Ausländer-Volksbegehren ankündigte, importierte Heller aus Deutschland die Idee eines „Lichtermeers“. Die Umsetzung drohte am Streit der Proponenten, darunter etliche linke Sektierer, zu scheitern. André Heller hielt die Primadonnen des Protests meisterlich zusammen.

Es kamen 300.000 auf den Heldenplatz – und die Sozialdemokratie beschloss trotzdem „strenge Ausländergesetze“. Haider bekam sieben Jahre später 1,24 Millionen Stimmen (27 Prozent).

Der entscheidende Punkt ist aber – und war es auch zu Zeiten des „Lichtermeers“ – dass nicht alles in einem rechts-populistischen Gatsch versinkt; dass die Kritischen und Verunsicherten wissen können: Es gibt noch etwas anderes. Da hat Heller eindeutige Verdienste errungen.

Natürlich kann eine Zivilgesellschaft, die sich formiert, sehr viel mehr leisten: den Sturz des kommunistischen Systems in Osteuropa oder die Vertreibung der arabischen Gerontokraten. In Österreich geht es immer wieder „nur“ darum, das schleichende Abrutschen einer ohnehin autoritär geprägten politischen Kultur in ein vollends autoritäres System zu verhindern. Dass nicht alles hingenommen wird. Die Mattigkeit der etablierten Parteien und die Stärke der Rechten verlangt nach einer neuerlichen Anstrengung der Zivilgesellschaft. Vorläufig ist nicht viel davon zu spüren. [hans.rauscher@derStandard.at](mailto:hans.rauscher@derStandard.at)

## LESERSTIMMEN

### Fakten und Emotionen

Betrifft: *Atomkraft nach Fukushima: Lächeln nützt!* – *Gastkommentar von Edgar Honetschläger*

DER STANDARD, 13. 3. 2012

Tragische Unfälle und Katastrophen großen Ausmaßes unterliegen ebenso wie deren Folgebewertung einer ausgesprochen subjektiven Wahrnehmung, die häufig Verschwörungstheorien auf den Plan zu rufen vermag. Im Falle von Fukushima trifft dies umso mehr den Kern der Sache, als Erdbeben, Tsunami und Nuklearunfall zu einem Desaster unvorstellbaren Ausmaßes kumulierten. Faktische Realitäten treten aufgrund verständlicher Emotionen in den Hintergrund. Die Opferbilanz wird vielfach dargestellt, ohne zwischen den ursächlichen Zusammenhängen hinreichend zu differenzieren.

Die Chronologie der Ereignisse, die beispiellos koordinierte, unverzügliche Evakuierung der Bevölkerung noch vor der ersten signifikanten Freisetzung von Radioaktivität an die Umwelt, sowie die ausgezeichnete medizinische Versorgung der Notfallkräfte – für viele die wahren Helden der Tragödie – trotzten den Versäumnissen und Fehlern, die insbesondere dem Betreiber Tepco zurecht vorgeworfen werden. Es besteht daher aller Grund zur Annahme,

dass die radiologischen Auswirkungen des Reaktorunfalls von Fukushima weitaus geringer sein werden als jene von Tschernobyl.

So gelang es, ganz im Unterschied zu den in Tschernobyl eingesetzten Liquidatoren, akute Strahleneffekte unter den Notfallkräften vollständig zu vermeiden. Eine endgültige Bilanzierung der Langzeitfolgen für die Bevölkerung kann freilich erst nach vielen Jahren erfolgen, doch lassen die heute vorliegenden Daten erwarten, dass die strahleninduzierten Krebsfälle von der natürlichen Schwankungsbreite der Krebsstatistik nicht zu trennen sein werden. Der japanischen Gesellschaft kommt die schwere Aufgabe zu, das Trauma von 3/11 mit bis zu 20.000 Todesopfern als Folge der Naturgewalten zu überwinden. Don't give up, Japan!

Michael Hajek  
Universitätsassistent am  
Atominstitut der Technischen  
Universität Wien

### Auch das Positive sehen

Betrifft: *„Vier-Flüsse-Projekt: Größter Skandal Südkoreas“*

DER STANDARD, 5. 1. 2012

Unter Bezugnahme auf obgenannten Artikel, den ich leider erst jetzt wahrgenommen habe, empfinde ich es als bedeutsam, nicht nur die negativen Aspekte dieses Flussre-

gulierungsprojekts hervorzuheben, sondern auch die positiven Auswirkungen zu betonen.

Der Klimawandel wird auch in Südkorea zu einer immer größeren Bedrohung. Die neuen Regulierungsprojekte werden Dürren und immer wiederkehrenden Fluten entgegenwirken.

Darüber hinaus wird die Gestaltung der Uferzonen mehr Lebensqualität für die regional ansässige Bevölkerung mit sich bringen und auch eine starke Anziehungskraft auf Touristen ausüben.

Gleichzeitig wird dieses landesweite Projekt grundlegende Lösungen gegen die Verschmutzung der Gewässer und für die Stärkung des Ökosystem bieten, um auch für die kommenden Generationen diese charakteristischen Landschaften zu erhalten.

Wenn dieses Projekt einmal fertiggestellt ist und alle Probleme, die heute noch von vielen Seiten kritisiert werden, beseitigt wurden, werden die vier Hauptflüsse Koreas als ökologisch wertvolle Gebiete wiedergeboren werden und der koreanischen Bevölkerung einen neuen Lebensraum bieten, so wie die wunderschön gestaltete Donau ein Erholungsraum für die Österreicher geworden ist.

Cho Hyun  
Botschafter der Republik Korea  
in Wien